

# Volksstimme

Einzelpreis 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Blumhagen, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Blaunlich & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 10 27. — Postfach 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 981. — Zeitungsverkauf 10 Pf. — Zeitungserlöse 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 3,45 Mk., monatlich 1,15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. Anzeigengebühren: die Tagespausen 30 Pf., Anzeigen von auswärts 25 Pf., im Restrualeit 20 Pf. Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5298 Berlin.

Nr. 266.

Magdeburg, Dienstag den 12. November 1918.

29. Jahrgang.

## Die Waffen ruhen.

Das Niederländische Pressebureau Radio hat einen drahtlosen Bericht aus Paris aufgefangen, daß der Waffenstillstand um 5 Uhr morgens französischer Zeit unterzeichnet wurde und um 11 Uhr französischer Zeit in Kraft tritt. Foch schickte folgendes Radiogramm an die Oberkommandierenden: „Die Feindseligkeiten werden an der ganzen Front vom 11. November 11 Uhr vormittags französischer Zeit an eingestellt werden. Die alliierten Truppen dürfen, bis ein neuer Befehl eintrifft, die an diesem Tage und zu dieser Stunde erreichten Linien nicht überschreiten.“

## Wilhelm der Schuldige.

Die Waffenstillstandsbedingungen, die diesem Artikel in dem bisher vorliegenden Auszug folgen, sind niederrückend. Sie sind nach dem Muster des Vrestes und Unkarester Friedens aufgestellt, die von den bürgerlichen Parteien Deutschlands gutgeheißen und gebührt wurden. So ist's recht, hieß es damals. Den Daumen aufs Auge, das Knie auf die Brust!

Jetzt drückt der Daumen der Gegner uns aufs Auge, daß die Funken sprühen! Jetzt preßt das Knie der Feinde uns an die Brust, daß die Funken sprühen! Die Bürgerlichen erheben sich über die „Brutalität“ der Bedingungen. Die Brutalen beklagen sich über Brutalitäten! Ein erheben des Bild.

So war im Februar den Russen zumut wie jetzt uns! Damals heulte die patriotische Meute: Auf sie! Immer härter, immer fester! Und der General Hoffmann schlug in Preß mit dem Säbel auf den Tisch: wir sind die Sieger, wir diktiert! Jetzt ist die Entente der Sieger. Jetzt diktiert sie! Und jetzt wird als Brutalität ausgeschrien, was damals das Recht des Siegers hieß.

Die bürgerlichen Parteien hätten schon nicht den geringsten Grund, sich aufzubaumen gegen das Joch, das die Entente uns allen auferlegt. Die Gegner verfahren nur nach dem Muster des Gewaltfriedens, den unser Bürgertum Hand in Hand mit den Junkern jahrelang gefeiert und für sich erhehnt hat. Wohl aber hat die Sozialdemokratie alle Ursache, sich für das deutsche Volk bedrückt und bedrängt zu fühlen. Die Sozialdemokratie ist seit Jahren für den Rechtsfrieden eingetreten und hat zum Danke dafür Verleumdung, Verhöhnung und Verfolgung geerntet. Die Sozialdemokratie hat das Recht sich erworben, zu unterzügen,

wenn wir es zuschreiben

haben, daß die Gegner dem ganzen deutschen Volk diese entwürdigenden Bedingungen auferlegen, daß sie beschlossen haben, das ganze deutsche Volk bis in den Staub zu demütigen.

Wirklich das ganze deutsche Volk? Mit nichten. Die Bedingungen sind in vorvoriger Woche ausgearbeitet worden, als das alte System äußerlich noch in alter Macht, in altem fallchem Glanz, in alter scheinbarer Festigkeit bestand, als Wilhelm Hohenzollern noch als Kaiser der sichtbarste und mächtigste Repräsentant dieses Systems der Welt das Deutschland der Hörigkeit und des Obrigkeitsstaates darstellte. Die Bedingungen trauten die Entente nicht. Dieses System bis in die letzte Wurzel auszuhacken und auf den Düngerhaufen zu werfen, wohin es seit hiezig Jahren gehört hätte — das hatte die Entente mit Wilson an der Spitze beschlossen. Nach diesem Entschluß wurden die Bedingungen ausgearbeitet, die jetzt im Auszug vorliegen.

Die Entente traut dem alten System nicht und es hat gute Gründe dazu. Gründe, von denen wir erst die wenigsten kennen. Das alte System war doppelzüngig. Die Entente fürchtete Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Die Bedingungen mußten folglich so gestaltet werden, daß keine deutsche Militärmacht, kein deutscher Absolutismus auch nur im Traume daran denken konnte, den Krieg nochmals zu beginnen. Daher mußte das Deutschland, das nach den alten Machthabern folgte, wehrlos gemacht werden. Dieses Ziel haben die Bedingungen und dieses Ziel erreichen sie.

Wilson hat in seinen Notizen laut und deutlich erklärt, daß die Entente gegenüber der deutschen „monarchischen

Autokratie nicht Friedensverhandlungen, sondern Übergabe verlangt“. Er hat laut und deutlich erklärt, daß die „willkürliche Macht“, die in Deutschland aus eigener Machtvollkommenheit Krieg erklären durfte, den Frieden der Welt nicht länger stören solle, daß sie zu diesem Zweck daher verrenzt werden müsse. Wilson hat dann in seiner Note vom 23. Oktober den König von Preußen als deutschen Kaiser persönlich als die „willkürliche Macht“ genannt. Er hat laut und deutlich

bezeichnet, das die Entente auf ihrem Wege vorwand, um erträgliche Bedingungen gegen das deutsche Volk festzusetzen. Wilson hat laut, deutlich und feierlich erklärt, daß die Entente nicht gegen das deutsche Volk Krieg führen, sondern nur gegen die Autoritäten, denen es bisher unterworfen gewesen.

Aber die bürgerlichen und junkerlichen Parteiführer wie Presse verstopften sich die Ohren. Sie wollten nicht hören. Vor allem wollte Wilhelm es nicht verstehen. Seine Widerspenstigkeit hinderte die neue Regierung daran, die vollen Konsequenzen der Sachlage zu ziehen. Wilson mußte von Note zu Note immer deutlicher werden. Es kam die Antwort vom 23. Oktober, in der der Hohenzoller als König von Preußen direkt genannt war.

Damit hatte Wilhelm es schwarz auf weiß vor sich, daß die hartnäckigen, die demütigenden Forderungen, die die Gegner stellen würden, wenn sie Deutschland den erbetenen Waffenstillstand gewähren sollten,

einzig und allein durch ihn

veranlaßt und verschuldet sein würden. Wenn das deutsche Volk nach diesem gräßlichen Krieg, den die Machthaber über das Land gebracht haben, nach diesem Kriege voll unermeßlicher Opfer und furchtbarer Leiden, noch die allerschwersten Bedingungen auf sich nehmen mußte, um nur zu dem Waffenstillstand zu gelangen, so hatte sie das ausschließlich jenem Kaiser zu danken, der dem deutschen Volk lieber die bittersten Demütigungen zufügen läßt, bevor er seine Macht aufgibt. Ein Beispiel der Liebe und des Patriotismus eines Monarchen, wie es die Weltgeschichte selten offenbart hat!

Die Bedingungen für den Waffenstillstand würden ungleich leichter

geworden; ja es würden sich vielleicht gar keine Schwierigkeiten ergeben haben, wenn Wilhelm die — sagen wir einmal — Hoherzigkeit besessen hätte, freiwillig abzutreten. Entweder vor Ueberreichung des ersten Ersuchens an Wilson oder unmittelbar danach. Das wäre die Befreiung der Laftade gewesen, daß in Deutschland die Zeit des Absolutismus der Hohenzollernfamilie wirklich beendet ist, daß die Zeit der Freiheit und Selbstständigkeit des Volkes begonnen hat. Diese wirkliche Aenderung hätten die Gegner nicht in Zweifel ziehen können, hätten sie auch nicht in Zweifel gezogen. Sie hätten in der Vernichtung des „Kaiserismus“ auch die große moralische Genugtuung erblickt, die sie zu einer gerechteren Stellung gegenüber dem deutschen Volk verpflichtet hätte.

Die bürgerlichen Parteiführer wandten ein, dergleichen dürfe man nicht unter dem „Druck des Auslandes“ tun. Aber davon ganz abgesehen, daß Wilhelm auf den Druck des Auslandes nicht hätte warten müssen, vielmehr hätte abtreten können, bevor sich der Druck geltend machte; woher nimmt man nur den freiblen Mut, zu verlangen, daß zwar das deutsche Volk diesen Druck anerkennen müsse, aber heicibe der Kaiser nicht?

Wilhelm Hohenzollern konnte es geradezu mit Händen greifen, daß es ihm gegeben sei, von „seinem“ Volke Opfer fernzuhalten, ihm Opfer zu ersparen. Er brauchte nichts mehr zu tun, als zurückzutreten, als eine Macht aufzugeben, die seit Monatsfrist jeder als eine usurpierte fühlte. Und Wilhelm verweigerte seinen Rücktritt, beharrte dabei, Kaiser zu bleiben, obwohl seine Weigerung nun dem Volke die allerhöchsten Opfer auferlegt. Ist das nicht frebelhaft, entsehrlich? Ein

Waffenstillstand von einem einzelnen Angehörigen des Reiches zu verhängen, ist ein verbrecherischer Willen bezeugt, behütet und beschützt nicht nur von den Junkern, sondern auch von allen bürgerlichen Parteien, den größten Teil der Fortschrittler mit eingeschlossen. Sie alle fühlten nicht, was die Glocke geschlagen hatte. Sie alle blieben in ihrem unterwürfigen Trotz, sie alle erkannten nicht oder wollten nicht erkennen, was kommen würde. Sie werden dafür Rechenschaft abzulegen haben und die Strafe wird der Schuld entsprechen, die sie hergehud auf sich geladen haben.

Millionen mußten für den Thron der Hohenzollern ihr Leben lassen, ihre Gesundheit, ihr Dasein hergeben, um die Herrschaft Wilhelms zu behaupten. Und dieser Wilhelm weigerte sich, das vergleichsweise doch höchst bescheidene Opfer des Thronverzichts zu bringen. Er stellte seine persönlichen Interessen über alle Notwendigkeiten des Volkes und des Vaterlandes!

Welch ein herrlicher Patriot,

dieser Kaiser, dem sein kleinlicher Vorteil das Allerwichtigste ist, der sich nicht bedenkt, dem deutschen Volk die härtesten Demütigungen zufügen zu lassen, bevor er von der Macht weicht!

Ein Mann von echter Würde hätte es nicht ertragen, wie die Gegner, mit denen Deutschland doch verhandeln muß, seine moralische Ausstoßung aussprechen. Ein echter Kaiser würde lieber stolz abgetreten sein, bevor er sich vor dem ganzen Erdball als Grund der Demütigung des eigenen Volkes hinstellen ließe.

Welch kleiner Mensch

ist doch dieser ehemalige Kaiser, den ein raffiniertes Byzantinismus der Welt als eine bedeutende und erhabene Persönlichkeit aufzuschwätzen sich heute noch erdreistet.

Und nun ist dieser vom Bürgertum jahrelanglang begötterte und angehimelte Hohenzoller gar noch ausgekniffen!

Er ist mit seiner Familie, Frau und Sohn, auf holländisches Gebiet geflüchtet! Er wird in Maastricht oder Arnheim abwarten, was die holländische Regierung über den unerbetenen und höchst lästigen Gast beschließen wird.

Zu allen Erbärmlichkeiten der letzten Wochen noch diese jämmerlichste der Jämmerlichkeiten!

Anstatt aufrecht und mannhaft inmitten des Landes und Volkes das er ins Unglück gestürzt hat, den Richterpruch zu erwarten und zu tragen, was ihm zur Sühne auferlegt wird, ergreift dieser Gottesgnadenverkünder das Gajenpannier, macht er sich dünn, reißt er aus bei Nacht und Nebel, sucht er sich in Sicherheit zu bringen, sich und seine Angehörigen. Welch ein jämmerliches, erntedringendes Ende dessen, der sich vermaß, der gefürchtetste aller Monarchen zu sein.

Ginst hat er versprochen, „sein“ Volk „herrlichen Tagen“ entgegenzuführen. Nun die dunkelsten, drückendsten Tage beginnen, nun er Rechenschaft ablegen soll für all seine Ver-

Fehlungen und Sünden, nun kennst er keine andre Sorge, als seine Person in Sicherheit zu bringen, sein Leben zu retten, sich dem kommenden Gericht zu entziehen. In jeder Pose war er groß, solange der Krönungsmanier von seinen Schultern wallte; in jeder Handlung ist er klein; nun alle Macht von ihm gefallen. Klein, erbärmlich klein, ein Nimmerling.

In seinen Sturz reißt er die „hohen Verbündeten“ Deutschlands mit hinein, die er in seinem letzten Erlass vom 4. November noch mit klugvollen Worten feierte. Er denkt in der Stunde der Gefahr nur an sich selbst, nicht an die übrigen, die noch Kronen tragen in Deutschland. Nicht die Spur eines Solidaritätsempfindens, nicht ein Atom von Verantwortungsgedacht. Schon

putzeln die deutschen Fürsten übereinander in wirrem Haufen. Die Welfen in Braunschweig, die Wittelsbacher in Bayern, die Wettiner in Sachsen, die Thüringer in Weimar, die Herrscher von Oldenburg. Sie haben entweder schon abgedankt oder sie sind als abgedankt erklärt von dem souveränen Volke. Was noch scheinbar vorhanden ist, wird hinterher putzeln. Jetzt ganz sicher, wo Wilhelm Hohenzollern wie ein Defraudant ausgerückt ist. Dieser Wilhelm, dem die Geschichte als dem letzten der Hohenzollern den Beinamen des Schuldigen geben wird. Zurück aber bleibt das deutsche Volk. Zurück bleibt die sozialdemokratische Regierung. Sie muß dafür sorgen, daß die Bedingungen ermöglicht werden die nicht dem deutschen Volke, sondern Wilhelm dem Schuldigen auferlegt sind.

### Das Joch der Bedingungen.

- W. L. B. Berlin, 10. November. Folgendes ist ein Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen:
1. Intrafftreten 6 Stunden nach Unterzeichnung.
  2. Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich und Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen. Was an Truppen nach dieser Zeit übrig bleibt, wird interniert oder freigeschlagen.
  3. Abzugeben 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
  4. Räumung des linken Rheinuferes; Mainz, Koblenz, Bonna besetzt vom Feinde auf Radius von 30 Kilometern Tiefe.
  5. Auf rechtem Rheinufer 30 bis 40 Kilometer tiefe neutrale Zone, Räumung in 11 Tagen.
  6. Auf linkem Rheinufer-Gebiet nichts hinwegführen, alle Fabriken, Eisenbahnen usw. intakt belassen.
  7. 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons, 10 000 Artillerie abzugeben.
  8. Unterhaltung der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.
  9. Im Osten alle Truppen hinter Grenze vom 1. August 1914 zurückziehen; Termin dafür nicht angeben.
  10. Verzicht auf Verträge von Breslau, Wien und Bukarest.
  11. Bedingungenlose Kapitulation von Ostafrika.
  12. Abgabe des Schiffsverkehrs nach dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean.
  13. Abgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenleistung.
  14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 leichten Kreuzern, 6 Dreadnoughts; die übrigen Schiffe desarmiert und Überwacht von den Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.
  15. Sicherheit der freien Durchfahrt durchs Kattegatt, Begrenzung der Minenfelder und Verlegung aller Forts und Batterien, von denen aus diese Durchfahrt gehindert werden könnte.
  16. Blockade bleibt bestehen, deutsche Schiffe dürfen weiter gefahren werden.
  17. Alle von Deutschland für Neutrale verhängten Beschränkungen der Schifffahrt werden aufgehoben.
  18. Waffenstillstand dauert 30 Tage. —

### Erleichtert die Bürde!

Am Sonntag morgen fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt. Nach Bekanntgabe der Bedingungen des Waffenstillstandes wurden die Bedingungen angenommen. Entsprechende Weisungen sind der Friedensdelegation gegeben worden. In der Nacht zum Montag ist folgende Note an den Staatssekretär Lansing nach Washington geschickt worden:

Herr Staatssekretär! Beherzigt von der Gemütsart der demokratischen Ziele und Ideale hat sich die deutsche Regierung an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, den Frieden wiederherzustellen. Dieser Friede sollte den Grundgedanken entsprechen, zu denen der Präsident sich bekannt hat und er sollte eine gerechte Lösung aller Streitigen Fragen und eine dauernde Versöhnung der Völker zum Zweck haben. Der Präsident hat ferner erklärt, daß er nicht mit dem deutschen Volke Krieg führen will und es in seiner friedlichen Entwicklung nicht behindern will.

Die deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten. Nach einer Klause von fünfzig Monaten würden diese Bedingungen, insbesondere die Abgabe der Reichsmittel und die Unterhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortdauer der Blockade die Ernährungslage Deutschlands zu einer verarmten Lage stellen, und den Hungertod von Millionen Menschen, Frauen und Kindern bedeuten.

Wir hätten die Bedingungen annehmen. Wir werden aber den Präsidenten bitten, sich nicht darauf einzulassen, daß die Durchführung der Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteil der Zustimmung erzeugen muß, die eine Voraussetzung für den Abschluß der Völkervereinigung ist und eines dauerhaften Friedens bedürftig. Das deutsche Volk wendet sich daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte, auf eine Milderung der verhängenen Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Dr. Solz

Das deutsche Volk meldet sich jetzt, nachdem es sich seine Souveränität errungen hat. Es kann nicht 5000 Lokomotiven und 150 000 Waggons abgeben, wenn es die Bewohner seiner Städte ernähren will. Ohnehin stockt der ganze Transportverkehr und er wird noch schlimmer in Mitleidenhaft gezogen werden, wenn erst die Millionenheere zurückfluten.

Auch die Hungerblockade kann nicht aufrechterhalten werden. Sie muß aufgehoben oder gemildert werden, wenn nicht das deutsche Volk vernichtet werden soll.

Wilhelm der Schuldige hat mit seinen Lobrednern und Parteigängern dem deutschen Volke das erdrückende Joch auferlegt. Die „vaterlandslosen Gesellen“ von ehemals müssen versuchen, es zu erleichtern und erträglich zu machen.

### Einigung der Sozialdemokraten.

Die Unabhängigen und die Spartacusse haben sechs Forderungen über die Durchführung der Revolution erhoben. Inhalt und Sinn der Forderungen gehen aus der folgenden Antwort des sozialdemokratischen Parteivorstandes hervor:

Von dem aufrichtigen Wunsche geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir Ihnen unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen klarlegen. Sie fordern:

1. Deutschland soll eine sozialistische Republik sein.  
Antwort: Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik, indessen hat darüber das Volk und die konstituierende Versammlung zu entscheiden.
  2. In dieser Republik soll die gesamte Exekutive, Legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.  
Antwort: Mit diesem Verlangen ist die Diktatur eines Teiles einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, also müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unsere demokratischen Grundbegriffe widerspricht.
  3. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung.  
Antwort: Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde.
  4. Die Beteiligung der Unabhängigen gilt nur für drei Tage als ein Provisorium, um eine für den Abschluß des Waffenstillstandes fähige Regierung zu schaffen.  
Antwort: Wir halten ein Zusammenwirken der sozialistischen Richtungen mindestens bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung für erforderlich.
  5. Die Ressortminister gelten nur als technische Gehilfen des eigentlichen und entscheidenden Kabinetts.  
Antwort: Dieser Forderung können wir nicht zustimmen.
  6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts.  
Antwort: Wir sind für die Gleichberechtigung aller Kabinettsmitglieder, indessen hat die konstituierende Versammlung darüber zu entscheiden.
- Es ist von der Einsicht der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei zu erhoffen, daß sie mit der sozialdemokratischen Partei noch zu einer Verständigung gelangt.

Die Einsicht hat sich bei den Unabhängigen am Sonntag durchgesetzt. Ihr Vorstand hat geantwortet:

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei ist bereit, um die revolutionären sozialistischen Erregungswellen zu befeuern, in das Kabinett unter folgenden Bedingungen einzutreten:

Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sein, die als Volkskommisare gleichberechtigt nebeneinanderarbeiten.

Für die Sachminister gilt diese Beschränkung nicht. Sie sind nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts. Jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gestellt, aus jeder Partei einer.

Eine Fristfristimmung wird an den Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett, in das jede Partei drei Mitglieder entsendet, nicht geknüpft.

Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reich alsbald zusammenzutreten haben.

Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst nach einer Konsultation der durch die Revolution erschaffenen Zustände offener und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben.

Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsche eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert sind, haben wir unsere Mitglieder Hasse, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert.

Die drei von der Sozialdemokratie bestimmten Regierungsmitglieder Ebert, Scheidemann und Landsberg haben sich mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt.

Damit war am Sonntag die Einigung auch in Berlin vollzogen. Es begann sofort die gemeinsame Arbeit, indem die unabhängigen Regierungsmitglieder ihre Zustimmung zur Annahme der Waffenstillstandsbedingungen erklärten.

Die neue Regierung hatte damit zu funktionieren begonnen. Auch andere Angelegenheiten wurden mit Vertretern der Unabhängigen rasch und im Geiste der Kameradschaftlichkeit erledigt.

Es ist also auch in Berlin gelungen, was vorher schon in den Provinzstädten geglückt war.

Damit ist die Einigung für ganz Deutschland erreicht. Sie duldet keinen Ausschub, denn es muß gehandelt werden.

Revolution heißt Arbeit!

### Berlin erobert.

Die Revolution hat sich am Sonnabend endlich auch Berlin erobert. Dort war die Bewegung durch die von uns gekennzeichneten Mittel künstlich zurückgestaut worden. Um so rasender schossen dann die Fluten über die Wehre und spielten im Nu die Dämme hinweg.

Am Sonnabend vormittag — die Stunde läßt sich jetzt nicht feststellen — traten die sozialdemokratischen Mitglieder aus der Regierung des alten Staates aus. Sie hatten die Frist ihres Ultimatus, das verstärkte Einfließen der Sozialdemokratie und den Rücktritt des Kaisers forderte, anfangs bis Freitag mittag erstreckt und danach aus Rücksicht auf die Abschließung des Waffenstillstandes verlängert. Sie konnten diese Verlängerung aber nicht abwarten, da die Bewegung außerhalb Berlins reizende Fortschritte machte und sie sich anzuschließen hatten, selbst auf die Gefahr, dadurch die Waffenstillstandsverhandlungen hinauszuschieben. Es ist anzunehmen, daß die Entente diesen notwendigen Ausschub nicht ausnutzen wird, um mühelos in deutsches Land einzufallen.

In der Nacht zum Sonnabend erklärte Scheidemann der Regierung Mag von Baden, daß die Sozialdemokratie nicht willens sei, den Eintritt der Berliner Arbeiter in die Bewegung noch länger als bis Sonnabend vormittag 10 Uhr hinauszuzögern.

In der Tat legten am Sonnabend früh in einer ganzen Reihe von Berliner Betrieben die Arbeiter

nach und nach die Arbeit nieder.

In der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, bei Vorfig, bei Schwabkopff, bei Goerz und in einer Anzahl Elektrizitätswerke wurde der Streik bald allgemein. Die Parteileitung hatte den bringenden Wunsch, in dieser kritischen Stunde mit den Unabhängigen zusammenzuarbeiten. Dies gelang auch insoweit, als die unabhängigen Parteiführer, die zu erreichen waren, ihre volle Zustimmung zu den geplanten Schritten gaben, wenn sie auch kein formelles Mandat für ein festes Zusammenwirken hatten.

Die Parteileitung beschloß nunmehr einmütig, ein größerer Ausschuh sollte sich zur Regierung begeben und ihn

kapitulieren

und uns die Macht übergeben müsse. So wurde einmütig beschlossen. Unmittelbar danach trat zur Unterstützung der Aktion der Partei der große Ausschuh der Fabrik-Vertrauensleute zusammen und beschloß den Generalstreik.

Inzwischen war eine wachsende Anzahl von Truppenkörpern bei der Parteileitung erschienen, um ihre Ergebenheit für die Sache des Volkes auszudrücken. Zuerst das 4. Jäger-Bataillon aus Naumburg. Dieses bezog später die Ehrenwache im Hause des Parteivorstandes, Lindenstraße 3. Von den Leutnants Göhre, Südekum, Collin Roth und Tiburtius erging die Aufforderung die Offiziere, Unteroffiziere zu weichen und ihre Kraft in den Dienst des deutschen Volkes zu stellen.

Unmittelbar danach gab die alte Regierung jeden weiteren Widerstand auf und kapituliert. Sie teilte mit, daß der Kaiser und Kronprinz abgedankt hätten und daß Prinz Max dem Genossen

Ebert die Kanzlerschaft

angeboten habe. Gleichzeitig kündigte sie die Einberufung der konstituierenden Versammlung an.

Noch am Freitag hatte der Oberkommandierende in den Marken, Generaloberst von Linzinger, verordnet, daß am Sonnabend sämtliche Offiziere mit der Pistole umgeschuldet gehen müßten. Schaden hat dieser militärische Überwuch nicht mehr anrichten können.

Die Volkssache hatte gesiegt!

Der freie Volksstaat war da! Die soziale Republik trat die Herrschaft an!

Die Begeisterung, mit welcher die Bevölkerung die Soldaten der Volksregierung mit der roten Kokarde begrüßte, ließ keinen Zweifel daran, daß niemand mehr die Macht des Volksregiments erschüttern könnte. Wo die Vertrauensleute der Arbeiter in den Kasernen erschienen, wurden sie mit Jubel aufgenommen. Es wurde dann sofort zur Bildung von Soldatenräten geschritten.

Am Nachmittag wurde der vollzogene Umschwung der Bevölkerung durch

folgendes Flugblatt

mitgeteilt:

Arbeiter, Soldaten, Mitbürger!  
Der freie Volksstaat ist da!  
Kaiser und Kronprinz haben abgedankt!  
Fritz Ebert, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, ist Reichskanzler geworden und bildet im Reich und in Preußen eine neue Regierung aus Männern, die das Vertrauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, der Arbeiter und Soldaten haben. Damit ist die öffentliche Gewalt in die Hände des Volkes übergegangen. Eine verfassunggebende Nationalversammlung tritt schnellstens zusammen.  
Arbeiter, Soldaten, Bürger! Der Sieg des Volkes ist errungen, er darf nicht durch Unbesonnenheiten entehrt und gefährdet werden. Wirtschaftsleben und Verkehr müssen unbedingt aufrechterhalten bleiben, damit die Volksregierung unter allen Umständen gesichert wird. Folgt allen Weisungen der neuen Volksregierung und ihren Beauftragten. Sie handelt im engsten Einvernehmen mit den Arbeitern und Soldaten.

Siehe die deutsche Volksrepublik!

Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

In einer neuen Fraktionsitzung um 2 Uhr mittags berichtete Scheidemann, daß der Kanzler bereit sei, die ganze öffentliche Gewalt in unsere Hände zu übergeben. Unter stürmischem Beifall erbat und erhielt er die

Zustimmung der Gesamtpartei

zur Übernahme der Kanzlerschaft durch Ebert.

# Beilage zur Volksstimme.

Nr. 266.

Magdeburg, Dienstag den 12. November 1918.

29. Jahrgang.

## Die Revolution in der Provinz.

Im Verbreitungsbezirk der „Volksstimme“ ist die Revolution ebenfalls siegreich im Fortschreiten. Überall, das kann mit besonderer Freude betont werden, ging es durchaus ruhig zu, nirgends auch zeigte sich Widerstand, wie aus den nachfolgenden Berichten hervorgeht.

**Burg.** Auch hier trat am Sonnabend die neue Ordnung die Herrschaft an, nachdem Freitag nachmittag in den Straßen sich ein außergewöhnliches Leben zeigte. Die Ullrichen waren halb erkant, mit militärischen und Zivilbehörden in Verbindung zu treten. Sonnabend früh wurden in den Kasernen Soldatenräte und von den Arbeitern die Arbeiterräte gewählt, die im Laufe des Tages mit den Behörden verhandelten. Ihre Forderungen wurden anerkannt. Den Militärpersonen wurden die Waffen abgenommen. Die Bahnhofsstraße ist bis jetzt von Vertretern des Arbeiterrats gestellt. Um 8 Uhr morgens wurden sämtliche Betriebe verlassen, um zu demonstrieren. Um 10 $\frac{1}{2}$  Uhr fand auf dem Paradeplatz eine vielteilnehmende Versammlung statt, an der auch Soldaten teilnahmen. Die Genossen Stolberg, Wegand und Büffel hielten Ansprachen. Darauf bewegte sich ein unübersehbarer Zug durch die Straßen. Vom Rathaus, Landratsamt und vom Postgebäude wehen rote Fahnen. Ruhe und Ordnung wurden nirgends gestört. Die Militärgefangenen wurden entlassen.

**Reinholdenleben.** Rote Fahnen wehen vom Rathaus und Archurm und zeigen den Einwohnern an, daß die Stadtverwaltung der demokratischen Bewegung angeschlossen ist. Die Verhandlungen der Vertreter der Arbeiter mit der städtischen Verwaltung führten zu einer vollkommenen Verständigung. Der öffentliche Sicherheitsdienst in der Stadt wird von Vertretern der Arbeiter in Verbindung mit den vorhandenen Sicherheitsorganen ausgeführt. Kennlich sind die Vertreter der Arbeiter durch rote Binden, die im weißen Felde den Stempel der Stadt tragen. Ein Mitglied des Arbeiterrats ist ständig auf dem Rathaus anwesend, um die Beschlüsse des Arbeiterrats zur Geltung zu bringen. In der Mittagszeit hatten die Vertreter der Arbeiter eine Aussprache mit dem Vandal über die Ernährung und deren Sicherstellung für die kommende Zeit. Ueber die Nahrungsmittelverteilung seitens des Kreisamts wird seit langer Zeit in der Stadt Klage geführt und der Landrat erweist sich auf diesem Grunde bei einem großen Teile der Einwohner keiner besonderen Besorgtheit, und um Verbesserungen bei den irdischen Zuweisungen zu erreichen, mußte dies ausgesprochen werden. Ein Mitglied des Arbeiterrats — gewählt wurde Genosse Schmidt — wird ständig im Landratsamt an der Lebensmittelverteilung mit tätig sein. Vor dem Rathaus fand nachmittags eine öffentliche Versammlung statt, an der ein großer Teil der Einwohner teilnahm. In einer Ansprache gab Genosse Müller von den vollzogenen Umwälzungen Kenntnis und machte Ruhe und Ordnung, aufrechtzuerhalten. Auch der Erste Bürgermeister Boye sprach über die vollzogene Wandlung im Reiche und erhoffte damit den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Ein Mitglied des Arbeiterrats — Genosse Frey — wird ständig auf dem Bezirkskommando als Berater mit tätig sein.

**Halberstadt.** Das Bürgeramt war vor kurzem der Ansicht, daß die rote Fahne das Zeichen des Aufruhrs und der gewalttätigen Unruhen sei. Aber heute wird auch der angestrichelte Spießbürger eingesehen haben, daß die rote Fahne zwar den Willen zur Freiheit ausdrückt, aber auch den festen Entschluß, die würdige Ruhe und Ordnung zu bewahren. Die Parteigenossen wurden am Vormittag des 8. November von der Nachricht überrascht, daß die Soldaten beschäftigt am Freitagabend ihre Ansprache an die Militärverwaltung zu halten, die darauf hinausliefen, an der militärischen Organisation selbst teilzunehmen und einen Soldatenrat einzusetzen, wie er in diesen Tagen schon in vielen Städten errichtet worden war. Alle Zwistigkeiten zwischen den beiden Richtungen waren in diesem historischen Augenblick schnell vergessen. Eine Versammlung der Funktionäre der beiden Richtungen und der Ausschussmitglieder aus den größeren Betrieben beschloß in den späten Abendstunden, am Sonnabend mittag um 12 Uhr eine Demonstration zu veranstalten. Schnell wurde ein Arbeiterrat von acht Personen gebildet, 30 zivile Ordner ernannt und in der Nacht alle weiteren Schritte beraten und ausgeführt. Und welches glänzende Resultat!

Eine Menschenmenge, wie sie Halberstadt auf einem Platz noch nicht gesehen, versammelte sich auf dem Domplatz und kurz nach 12 Uhr marschierte die ganze Garnison unter Vorantragung einer roten Fahne auf und kurz darauf begannen die Reden. In markigen Worten begrüßte der Soldat Herrfurth vom 27. Regiment seine Kameraden, lenkte ihre Aufmerksamkeit auf die Bedeutung des heutigen Tages und machte ihnen klar, welche Bedeutung für das Militär dieses Mitarbeitens durch den Soldatenrat habe und welche Verantwortung demgegenüber jeder einzelne Soldat zu tragen habe. Seine Worte klangen aus in ein Hoch auf das deutsche Reich der Arbeiter. Nach ihm sprach der unabhängige Sozialist Brüggemann und darauf schloß Parteisekretär Weber die Reihe der Reden mit zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung mahnenden Worten und brachte ein Hoch aus auf die soziale Demokratie Deutschlands und der Welt. Dann löste sich die Versammlung auf und es bildete sich der Zug der vielen Tausende, die an der großartigen Demonstration teilgenommen hatten. Voran zogen die Soldaten, ihnen folgten die Massen der Arbeiter und Arbeiterinnen in bunter Reihe und begleiteten die Soldaten durch die Stadt nach der Kaserne. Nicht die geringste Störung ist vorgekommen.

**Sicherleben.** Auch hier hat sich ein Arbeiterrat gebildet, der mit der städtischen Behörde und dem Landrat Vereinbarungen getroffen bezüglich der Ausübung der öffentlichen Gewalt. Am Sonntag vor-

mittag fand eine Volksversammlung statt, die sich mit der Bildung des Arbeiterrats einverstanden erklärte. Nach der Versammlung zog man zum Rathaus, wo die rote Fahne gehißt wurde. Ebenfalls auf dem Landratsamt wurde die rote Fahne aufgezogen. Beauftragte des Arbeiterrats haben den Sicherheitsdienst übernommen; die Polizei ist zurückgezogen worden.

**Möserleben.** Die neue Ordnung trat am Sonnabend in ihre Rechte. Zunächst versammelten sich die Soldaten, formulierten ihre Forderungen und wählten den Soldatenrat. Hierauf begab sich der Soldatenrat zum Bataillonskommando und forderte die Freilassung der Inhaftierten und Anerkennung ihrer Militärgehalt. Ohne nennenswerte Zwischenfälle wurde dieser Akt vollzogen. Während dieser Zeit beschäftigte sich die Arbeiterchaft mit der Aufstellung ihrer Forderungen an die Kommunalverwaltung sowie Wahl eines Arbeiterrats. Am Sonntag vormittag 11 Uhr fand auf der Herrenbreite eine nach Tausenden zählende Versammlung statt, bei der alle Schichten der Bevölkerung und Soldaten vertreten waren. Die dem Arbeiterrat angehörigen Mitglieder Müller und Greiner sowie ein Vertreter des Soldatenrats hielten Ansprachen. Die vorgetragenen Forderungen wurden einstimmig angenommen. Hierauf fand ein Demonstrationenzug nach dem Rathaus statt. Die Teilnehmerzahl steigerte sich dabei noch um mehr als Zweifach. Am Rathaus angekommen, begaben sich die Arbeiterratsmitglieder Müller und Greiner zum Oberbürgermeister Dr. Bunde und überreichten die aufgestellten Forderungen. Der Oberbürgermeister gab der Versammlung seine Zustimmung zu den Forderungen bekannt. Nachdem nach der Demonstration der Zug seinen Rückmarsch nach der Herrenbreite, Arbeiter und Soldaten noch nochmals dringende Ermahnungen zur Ruhe und Ordnung. Hierauf erfolgte die Auflösung des Zuges.

**Quedlinburg.** Mit dem Zuge um 9 $\frac{1}{2}$  Uhr trafen am Sonnabend eine Anzahl Soldaten ein. Einigen Offizieren wurden die Abzeichen und Gegen abgenommen. Unter Vorantragung einer roten Fahne bewegte sich ein Zug Soldaten und Zivilpersonen durch die Stadt nach dem Gefängnis, wo die Gefangenen befreit wurden. Vom Tische der Zeitungskasse am Meers hielt Fritz Seifert eine Ansprache, worin er den Anbruch der neuen Morgenröte feierte und die Soldaten und Mitarbeiter riefte, die größte Ruhe zu bewahren und die Anordnungen der mit weißer Binde versehenen Personen Folge zu leisten. Man hier aus ging der Zug nach der Kaserne der 168er. Die Polizei ist in Zivil. Nachmittags zog die Militärkapelle durch die Stadt. Mittags 11 Uhr trafen die Arbeiter der Fabriken an um nach dem Markte zu ziehen. Hier wurden die Forderungen vorgelesen. Darauf fand eine Sitzung mit dem Oberbürgermeister und dem Landrat statt. Am Nachmittag wurde ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der am Abend eine kurze Sitzung abhielt. Sonntag früh ist der Soldatenrat gewählt, die Wahl des Arbeiterrats fand nachmittags im Bürgeraal statt. Die Einwohnerchaft war durch Extrablatt davon unterrichtet. Seit 1 Uhr wogte eine Menschenmenge auf dem Markte auf und ab, wie sie Quedlinburg noch nicht gesehen hat. Vom Rathaus weht die rote Fahne.

**Stahlfurt.** Angeregt durch das Beispiel größerer Städte, insbesondere Magdeburgs, begannen schon am Sonnabend früh, ohne weitere Vorbereitungen abzuwarten, die Arbeiter aus dem Betriebe Sauerberg für eine großartige Demonstration der Arbeiter von Stahlfurt und Leopoldshall und die Einsetzung eines Arbeiterrats zu wirken. In geschlossenem Trupp zogen sie an jeder Stelle an Stärke zunehmend, von Betrieb zu Betrieb und erreichten überall die sofortige oder allmähliche Schließung. In Leopoldshall wurde durch Soldaten gemacht. Auf 2 Uhr nachmittags fand eine Versammlung auf dem Sportplatz angesetzt. Eine gewaltige, begeisterte Menschenmenge, wie sie in diesen Orten noch nicht gesehen ist, war zur Versammlung gesammelt, nach möglicher Schätzung 3000 Mann, darunter auch eine Anzahl Soldaten. Unter wehender roter Fahne hielt von der Kampe aus Genosse Wjorowski eine kurze Ansprache, in der er auf die besondere Bedeutung dieses Tages hinwies. Ein gemeinsamer Arbeiterrat für beide Ortschaften wurde gewählt, aus 12 Personen bestehend, und unter jubelndem Beifall wurde eine Reihe von Forderungen aufgestellt. Dem formierten sich die Versammlungsbefugter zu einem gewaltigen Zuge, verläßt durch Hunderte von Kennerigen, der unter Vorantragung der roten Fahne erst nach dem Stahlfurter, darauf nach dem Leopoldshaller Rathaus zog, wo der neue Arbeiterrat den Bürgermeistern die Forderungen überreichte, die ihrerseits den Arbeiterrat auf das herzlichste empfingen und die Forderungen, soweit sie die örtliche Verwaltung betrafen, annahmen, was bei den draußen Harrenden jedesmal lebhafteste Beifriedigung auslöste. Nach einer weiteren kurzen Ansprache des Genossen Wjorowski, die die Ergebnisse des Tages würdigte und die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag morgen empfahl, zerstreuten sich die Teilnehmer und damit nahm der feierliche Tag sein Ende. Besonders erfreulich ist, daß kein Mißlingen aufgetreten, nicht die allgeringste Ausschreitung vorgekommen ist; der Sicherheitsdienst, den vorstichshalber der Arbeiterrat selbst eingerichtet hatte, hat sich als vollkommen überflüssig erwiesen. Uebrigens hatten die Polizei und die Arbeiter nicht die geringste Schwierigkeit während der ganzen Demonstration nicht sehen lassen, schon vorher von ihren Bürgermeistern den Befehl erhalten, ohne Waffen zu gehen. Möge es ruhig weiter vorwärtsgen!

**Tangermünde.** Die revolutionäre Bewegung hat auch Tangermünde ergriffen. Am Sonnabend vormittag setzte die Bewegung hier ein. In einer im Södelchen Saale abgehaltenen Versammlung, die von Besuchern überfüllt war, sprach der Stadverordnete Kroschendorf über die Lage. Nach dem Stenografen Müller soll auch hier die Uebernahme erfolgen. Der Polizei und dem Gefangenenaufsichtspersonal sollen die Waffen beschlagnahmt werden. Soldaten und Zivil haben die Waffen im „Kaiserhof“ abgegeben. Die Ullrichscheinn sind vorläufig bis 18. d. M. verlängert. Brotmarken werden im Stadthaus

ausgegeben. Der Arbeiter- und Soldatenrat sorgt für Ruhe und Ordnung. Die Ordnungsbewahrer sind mit einer roten Binde gekennzeichnet. Ihnen ist unbedingt Folge zu leisten. Abänderungen werden schwer geahndet. Der öffentliche Verkehr wird aufrechterhalten. Das Landratsamt ist in Stenografen unter Aufsicht des Arbeiter- und Soldatenrats gestellt und wird eine geregelte Verteilung der Lebensmittel in der Ullrich eintreten. Hierauf marschierte die Versammlung in geschlossener Ordnung nach dem Marktplatz, wo der Stadverordnete Rosenbruch vom Stadthaus aus noch einige Worte an die Versammelten richtete und erklärte, daß der Erste Bürgermeister mit allen Anordnungen einverstanden sei und schloß: der Arbeiter- und Soldatenrat fordert sofortigen Frieden, Freiheit, Recht und Brot. — Das Geschäftszimmer des Arbeiter- und Soldatenrats befindet sich im „Kaiserhof“. Vom Stadthaus weht die rote Flagge. In der Stadt herrscht Ruhe und Ordnung.

## Au die Bevölkerung des Kreises Wanzleben!

Arbeiter, Bürger, Männer und Frauen!  
Eine neue Welt ist im Werden begriffen. Ereignisse von überweltlicher Bedeutung haben sich in deutschen Landen abgespielt, die in ihrer Tragweite von unendlicher Bedeutung sein werden. Die öffentliche Gewalt ist fast überall in die Hände von Arbeiter- und Soldatenräten gelangt worden. Die soziale deutsche Republik ist zur Tatsache geworden.  
Der alte überlebte Obrigkeitsstaat konnte den Stürmen, die über ihn dahindraufschien, nicht länger widerstehen. Siegend steigt der Sozialismus aus seinem Krümmern empor. Das Erbe, das die neuen Verhältnisse übernommen, ist kein bescheidenes. Die Zeit der Not und der Trübsal ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Ungeheure Aufgaben sind zu bewältigen. Aufgaben, die nur gemeistert werden können, wenn jeder einzelne den festen Willen hat, mitzuwirken.

Die Untergründer, die im Sinne der neuen Ordnung die Gewalt übernehmen, erwarten daher, daß die Beamten in den einzelnen Gemeinden des Kreises, die bisher die Verwaltungs- und Polizeigeschäfte erledigt haben, im Dienst und im Sinne der neuen Verhältnisse weiter arbeiten. Vor allen Dingen gilt es, unerbittlich Vorkerkungen zum Schutze des persönlichen Eigentums zu treffen. Die näheren Bestimmungen darüber werden in unserm Einverständnis durch den Landrat festgelegt. Sie erhalten nur Rechtskraft, wenn sie von uns gegengezeichnet sind.

Der Arbeiter- und Soldatenrat des Kreises Wanzleben.  
Jul. Koch, Fr. Kahn, Fr. Klotz.

## Sozialdemokratischer Verein.

Parteigenossen! Der eingetretene Umsturz aller bisherigen Zustände erfordert sofortiges Handeln. Diesem Grundsatze entsprechend haben wir uns sofort mit der alten Kreisregierung ins Benehmen gesetzt und die Kontrolle der Regierungsgeschäfte übernommen. Für die einzelnen Gemeinden sind die notwendigen Maßnahmen dazu ebenfalls in die Wege geleitet.

Wir nun zu all den Fragen, die der Umsturz der Verhältnisse gestellt hat, Stellung zu nehmen, berufen wir eine außerordentliche Mitlieder-Versammlung

zum Sonntag den 17. November 1918, morgens 9 Uhr, nach der „Reichsstrasse“ in Magdeburg, Jakobstraße 42, Der Vereinsvorstand.

Parteigenossen! Durch Insetat haben wir am Freitag in der „Volksstimme“ die Reihenfolge der öffentlichen Versammlungen bekanntgegeben.

Am Dienstag den 12. November findet abends 8 Uhr in Fernerleben im Lichtspielhaus und in Wetzschleben zu derselben Zeit im „Goldenen Schiff“ eine Versammlung statt.

Am Mittwoch den 13. November findet für die Orte Groß-Otterleben, Bennedenbeck und Klein-Otterleben bei der Witwe Strumpf abends 8 Uhr die Versammlung statt.

Wir erachten es als selbstverständlich, daß die Genossen dafür sorgen, daß auch der letzte Mann und die letzte Frau aus dem Orte an diesen Versammlungen teilnimmt. Die notwendige Agitation zur Werbung von Mitgliedern ist gut vorzubereiten.

## Der Vereinsvorstand.

## Versammlungen und Demonstrationen im Kreise.

Wie nicht anders zu erwarten, hat der Sturz der alten Verhältnisse unter der arbeitenden Bevölkerung eine ungeheure Begeisterung ausgelöst. Das kam besonders zum Ausdruck in den Versammlungen und Demonstrationen, die am Sonntag den 10. November in Diesdorf, Langenweddingen und Wanzleben stattfanden.

Überall waren die Versammlungslöcher überfüllt. Jubelnd wurden die von der sozialdemokratischen Parteileitung des Kreises in die Wege geleiteten Maßnahmen, die das Errungene befestigen sollen, begrüßt. An der Versammlung in Wanzleben nahmen auch die Vertreter der alten Kreisregierung teil. Nach einer Ansprache des Genossen Koch, in der die Bedeutung der gewaltigen Ereignisse würdigend wurde, nahm der Landrat das Wort, um in kurzen Sätzen darzulegen, daß auf Grund der nun einmal eingetretenen Umstände jeder einzelne im Interesse des Volksganges und unbeschadet seiner persönlichen Auffassung auf seinem Posten bleiben müsse, um hier im Dienste der neuen Verhältnisse dem Ganzen zu dienen.

## Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

(87. Fortsetzung.)

„Jede Halbheit ist von Uebel.“ —  
Unausgesetzt begleitete dieser Gedanke Daniela, als sie sich mit Verta auf dem Wege nach Hause befand. Ueber ihn vergaß sie sogar die Konditorei Fehrenbach, und erst der auffallend zögernde Schritt der Kleinen erinnerte sie, daß dieser ein Gemütsaufgänger sein müsse.

Richtig, so war es auch, denn als Daniela sich umwendete, um dem Retardando des Kindes auf die Spur zu kommen, gewahrte sie dessen Gesichtchen völlig im Genick sitzend. Die Sehnsucht nach der gewohnten Lasse Schokolade, deren Quelle nun schon um fünfzig Schritte zurücklag, verdrängte die Kopfstellung Vertas zu einer nahezu unmöglichen.

Nach wurde das Verfümmte nachgeholt und bei dieser Gelegenheit auch noch eine Lütte guter Pralinés gekauft, die das Kind zur gewissenhaften Mitnahme an seine Mutter in die Tasche gesteckt bekam.

„Bestelle der Mama, Verta, Tante Dani käme dieser Tage einmal, um nach ihr zu sehen, und sei recht lieb zu Hause, hörst Du? Die Mama braucht Ruhe. So, ist be-

jude Deine Übungstunde im Ballettsaal und dann troll Dich heim. Für morgen mittag lade ich Dich wieder ein. Rosa wird schon sorgen, daß es was für Deinen Schnabel gibt. Adieu!“

Glücklich lächelnd küßte Verta die Hand der gütigen Tante. Dann begab sie sich auf den Weg, den Epizentanz zu üben.  
Daniela schaute ihr nach. Eben wieder jener Ausdruck im Gesicht der Kleinen, der ihr zu denken gab: wohin damit? —

Jede Halbheit ist von Uebel. Diesen springenden Wurf der Sache nicht selbst von vornherein strenger ins Auge gefaßt zu haben, konnte Daniela bei jetziger Ueberlegung gar nicht begreifen.

Wie hatte sie sich nur einbilden können, daß der feurige, in seiner Kunst so überschäumend temperamentvolle Nohhaischel, an dessen leidenschaftliche Neigung zu ihr sie doch wahrlich seit Jahresfrist nicht mehr zweifeln durfte, sich noch einmal ein Jahr entgender Liebe aufzulegen oder zumuten lassen würde, sobald er einmal ihr Ja befaß!

Ein eisernes Naturgesetz doch nur erfüllte sich, wenn er, der kraftsprühende Mann, immer ungeduldiger, dringender, heißer seine Arme nach ihr, dem ihm schon zugefügten, begehrenswerten Weibe ausstreckte. Und — sollte sie eigent-

lich dessen nicht herzensfroh sein? Sag in seiner Sehnsucht nicht schon sichere Würdigkeit für ihr künftiges Eheglück? Woran sonst hätte sie glauben sollen?

Sie liebte ja auch ihrerseits Nohhaischel mit allen Fasern einer starken, bisher standhaft geliebten Frauenjesele und würde am Leben verzagen, wenn dieser Mann, gerade dieser eine, ihr nicht angehören, nicht der Gefährte ihres Lebens sein sollte.

Wenn er nun aber, inmitten glänzender Gesellschaft stehend, stets umschwärmt von einem Kreis entgegenkommender Lebedamen, sein Auge einmal, des Wartens müde, zu einer andern erhob —? Nicht einmal einen Vorwurf würde die Welt ihm daraus machen.

Also auch Eifersucht fing an, sich im Herzen Daniela's zu regen, ihre Ermahnungen zu beeinflussen. Den Bogen nicht zu straff zu spannen, warnte eine innere Stimme sie.

Jede Halbheit ist von Uebel. Das hieß, so fürchtbar schwer ihr der Entschluß auch werden mochte: quittiere den Beruf, einstweilen wenigstens, ergib dich unbegrenzt dem Manne deiner Liebe, dem du zu folgen hast.

Daran festzuhalten, reifte nun der Plan in ihr von Tag zu Tag mehr. —  
(Fortsetzung folgt.)

# Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 11. November 1918.

## Vertrauensmänner-Versammlung

Die Vertrauensmänner-Versammlung, die am Sonntag vormittag in der „Walhalla“ stattfand, war äußerst stark besucht. Es waren Vertreter der politischen Arbeiterparteien, der Gewerkschaften, der Angestellten- und Beamtenorganisationen und bürgerlicher politischer Parteien eingeladen.

In seiner Eröffnungszrede führte der Vorsitzende Wittmann aus: Unsere Versammlung wird von hoher geschichtlicher Bedeutung sein: sie tagt unter dem Sterne der siegreichen Revolution in ganz Deutschland. Ueberraschend schnell ist sie gekommen. Wenn wir auch wußten, daß es nur eines Punktes bedurfte, um das Pulverfaß zur Explosion zu bringen und wenn wir auch in den letzten Wochen die Dinge im rasenden Sturfe sahen, so konnte doch vor einer Woche nicht ahnen, daß wir heute schon die Republik haben würden. Gestern wurde in Berlin die deutsche Republik proklamiert!

Die Bewegung ist in Magdeburg spontan ausgebrochen, ihre ersten Träger waren Soldaten. Die beiden sozialdemokratischen Parteileitungen wollten verhindern, daß die Bewegung ziel- und planlos verhebe, sie suchten sie daher in geordnete Bahnen zu lenken und bildeten gemeinsam mit Vertretern der Soldaten einen Arbeiter- und Soldatenrat. Dieser Rat trat die ersten notwendigen Maßnahmen: Übernahme der öffentlichen Gewalt, trat Vorkehrungen zur Sicherung des wirtschaftlichen Lebens. Er war als provisorische Einrichtung gedacht. Heute soll ein erweitertes Arbeiter- und Soldatenrat und ein Exekutiv-ausschuß gewählt werden. Außerdem werden wir einen Bericht über die Lebensmittelversorgung hören und über die Frage der Bildung einer Bürgerwehr zu beschließen haben.

Brandes berichtete dann im einzelnen über die bisher getroffenen Maßnahmen und die Vorschläge des Arbeiter- und Soldatenrats für Neubildungen. Der Bericht über Aufnahme und Verlauf der Bewegung in Magdeburg entspricht den Schilderungen der „Volksstimme“ in den am Freitag und Sonnabend erschienenen Nummern.

Am Freitag ist manches geschehen, was besser unterblieben wäre, am Sonnabend gelang es schon, einige Ordnung zu schaffen. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Beamten in den verschiedenen öffentlichen Verwaltungseinrichtungen, ihre Tätigkeit weiter auszuüben. Das geschieht auch Selbstverständlich unter Kontrolle von Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrats.

Gebildet werden soll nun ein Exekutiv-Ausschuß in Stärke von acht Personen. Es sollen in diesen Ausschuss delegieren: die alte sozialdemokratische Partei, die unabhängige Sozialdemokratie, das Gewerkschaftsmitglied, der Soldatenrat je zwei Personen. Der Soldatenrat ist schon gebildet und besteht aus 80 Delegierten. Jede Kompanie, Batterie und Eskadron hat einen Delegierten zu entsenden. Der Arbeiterrat wird in folgender Weise gebildet: Je 250 Personen wählen einen Delegierten. Kleinere Betriebe und kleinere Bezirke werden zusammengelegt. Die Angestellten und Beamten wählen nach gleichen Bedingungen. Einzelheiten bestimmt eine Wahlordnung.

Den bisherigen Militär- und Zivilbehörden werden zur Kontrolle Beauftragte des Arbeiter- und Soldatenrats beigeordnet. Mit dem Garnisonkommando ist vereinbart, daß seine Entschuldigungen in Gemeinschaft mit den Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrats zu treffen sind. Für die städtischen Stellen der Lebensmittelversorgung sind drei Mann delegiert: Hoffmann, Schumann, Springer. Dem Oberbürgermeister ist Stadtrat Weiss beigeordnet. Die Demobilisierung wird ungeachtet Schwierigkeiten bringen. Die Magistratsbeamten haben sich bereit erklärt, hier mit allen Kräfte mitzuarbeiten. Für die Demobilisierung ist Brandes dem Magistrat zugewiesen. Bericht für die Polizei ist Vater. Für das Eisenbahngewesen sind zunächst provisorisch Drechsler und Grune bestimmt; für das Probieramt sind Bellze und Wille in Aussicht genommen.

Am Freitag früh wurden die Gefängnisse geöffnet und die Häftlinge befreit. Dabei belamen auch gemeine Verbrecher die Freiheit. Mit dem ersten Staatsanwalt sind Vereinbarungen getroffen über die Lösung der daraus sich ergebenden Fragen. Beauftragte Soldaten sollen nach der Kaiserin-Kavallerie (Infanterie-Regiment 66) dirigiert werden. Für Soldaten und Zivil sind Große Künzstrasse 3 (Arbeitersekretariat) Auskunftsstellen errichtet.

Vom Montag an gilt in allen Arbeitsstätten der Achtstundentag. Für die Eisenbahn muß jedoch erst noch eine besondere Regelung stattfinden. Die Arbeit wird am heutigen Montag in allen Betrieben wieder aufgenommen. Die Frage eines Urlaubs für die Arbeiter wird befriedigend gelöst werden.

Da die Soldaten rüchelt der Wehrer die Wahrung nurmehr, wo die alte Disziplin, der Kadavergehorsam angehört hat, freiwillige Disziplin zu üben, Urlaub kann vorläufig nur in sehr beschränktem Maße gewährt werden, die erwerbenden Soldatenkassen sind hier ein Hauptgrund. Der Pappenschrei wird verlängert. Strafen sollen möglichst vermieden werden. Außer Dienst sollen keine Waffen getragen werden. Den Offizieren ist angeordnet, außer Dienst in Hund zu gehen. Die Soldaten des alten Kaiserreichs sollen entlassen werden. Die Militärpolizei sollte aufgelöst. Mißliebige Offiziere werden entlassen aber beurlaubt.

Wittmann (fortschrittliche Volkspartei) führt aus: Es kommt jetzt alles darauf an, Ruhe und Ordnung zu sichern. Die fortschrittliche Volkspartei will im Interesse des Volkes und der neuen Freiheit im Arbeiter- und Soldatenrat mitarbeiten. Es muß alles darauf abgesehen werden, um einen Bürgerkrieg zu verhindern.

Über Vater: Wenn Wittmann überrascht wurde von dem Ausbruch der Revolution, so mag das in seiner Auffassung begründet sein. Aber es sind auch Leute hier, die die Bewegung kommen sehen, die sie vorbereitet haben. Als am 23. Januar dieses Jahres Kampfabzeichen verteilt wurden, und nicht zu dem gewöhnlichen Ziele führten, haben wir von der Unabhängigen Sozialdemokratie eingesehen, daß Arbeiter allein die Revolution nicht zum Siege bringen können. Die Unabhängigen haben versucht die Soldaten herbeizuziehen. Wir haben die Führerschaft übernommen, haben sie organisiert. Haben sie herangezogen zu den Soldaten, haben durch sie Flugblätter an die Front geschickt. Die verantwortlichen Führer sind heute hier, der Unabhängigen Sozialdemokratie, vertrieben worden. Die Unabhängigen haben die Revolution erkaufte mit vielen Jahren Juchens. Wir haben diese Revolution vorbereitet. Aber wir sind noch nicht über den Berg hinweg, es sind noch große Schwierigkeiten zu überwinden. Über wir haben kein Vertrauen zu unseren Freunden. Ich erinnere an das Wort des alten Hebel: „Gesteh nicht eine Fäule! Und wenn ein Fäule ist, beschränke sie nicht wüthend zeigt, was er hermiter den feinen Körper. Die kapitalistische Gesellschaft ist zusammengebrochen, nur heißt es eine neue einzubauen.“

Wittmann hat das Hebel-Wort zum Richtmaß gegen die Führer gewählt. Ich sage: In diesen Tagen ist nichts mehr möglich als Vertrauen zu den Leuten, die an hervorragender Stelle sind. (Zustimmung.) Als wir in den Leitungen der Parteizentralen einzugewandert sind, in dieser ersten Zeit gemeinsam zu arbeiten, wurde als erstes Grundgesetz aufgestellt: Alle Gesetze werden zurückgezogen. Wenn mit den Ausführenden Seiten des Vorrats einer Verabreichung festgestellt werden soll, dass es nicht möglich ist, das mit bestimmten Bestimmungen der Gesetzgebung gesichert wird. Das alte Schicksal muß

zugeschlagen bleiben angesichts der Miseraufgaben, die wir haben. Jetzt heißt es praktische Arbeit leisten, wie sie der Tag verlangt. Wenn Sie zu der Meinung sein Vertrauen haben, werden Sie die Bewegung keine Woche halten können. Im Verlauf der Verhandlungen wird es sich zeigen, ob alte Vorurteile gegenüber praktischen Arbeiten unmöglich machen. Ja und noch Genosse Wittmann teilt sofort zurück, wenn es gewünscht wird.

Vater: Ich mußte historische Tatsachen feststellen. Wittmann stimmt Weiss zu und erklärt zu den Ausführungen Siebaus, daß das Anerkennen der fortschrittlichen Volkspartei gern angenommen würde. In diesem Sinne spricht auch Brandes. Vater will auch eine Kontrolle der Kriegsmaterialien. Generalsekretär Calhoun wünscht, daß alle Mehrheitsparteien im Arbeiter- und Soldatenrat zusammen arbeiten. Dem wird zugestimmt. Es werden noch einige Einzelheiten vorgebracht.

Die Maßnahmen des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats werden dann gutgeheißen. Die Vorschläge bezüglich der Neubildung des Arbeiter- und Soldatenrats und des Exekutiv-Ausschusses werden angenommen.

Hoffmann berichtet über die Lebensmittelversorgung. Nach den bisherigen Feststellungen ist die Versorgung der Zivilbevölkerung bis Mitte Dezember gesichert. Die Milchversorgung leidet gegenwärtig unter Verkehrsbeschwerden. Man hofft, diese in einigen Tagen beseitigen zu können. Um die Kartoffelversorgung nicht ins Stocken kommen zu lassen, sind Arbeiter aus den Fabriken, Soldaten und Fuhrwerke aus den Kasernen notwendig. Die Verpflegung der Soldaten ist gesichert. Die Kohlenversorgung wird einige Schwierigkeiten bereiten, die sich aber hoffentlich überwinden lassen.

Beauftragte des Arbeiter- und Soldatenrats werden an den Sitzungen der Provinzialenkaufstelle teilnehmen, Genosse Hoffmann hat Zutritt zu den Sitzungen des Magistrats. Die Befehlsanordnungen des Magistrats müssen mituntergezeichnet werden von einem Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrats.

Ueber die Bildung einer Bürgerwehr referiert Weiss. Die Polizei ist aus den Straßen zurückgezogen, sie könnte in diesen Wochen ihren Dienst auch nicht ausführen. Wir haben die Pflicht, den Sicherheitsdienst zu organisieren. Der Erfolg der Revolution hängt von erheblichen Teile von der öffentlichen Sicherheit ab. Die Revolution darf nicht geschändet werden durch Plünderungen und andre gemeine Verbrechen. Der Gedanke einer Bürgerwehr ist nun aufgetaucht. Es ist selbstverständlich, daß zu dieser Bürgerwehr nicht jeder Weisliche gehören kann. Es gibt Leute, die mit der Entwicklung der Dinge durchaus nicht einverstanden sind und Schwierigkeiten zu machen suchen. Darum suchen wir uns unsere Leute aus. Die Kosten der Bürgerwehr übernimmt die Stadt. Dagegen kann weder Bürger noch Arbeiter etwas einwenden, wenn zum Schutze des privaten und öffentlichen Eigentums Geld ausgegeben wird. Bisher mußte die Stadt ja auch jährlich 600 000 Mark für die Polizei ausgeben.

Die Errichtung einer Bürgerwehr findet einstimmig Annahme. Nach kurzem Schlußwort des Vorsitzenden findet mit dreimaligem Hoch auf die Revolution die Versammlung ihr Ende.

## Die Neuordnung in der städtischen Verwaltung.

Das städtische literarische Bureau schreibt: In den Sitzungen, die sich in Magdeburg in diesen Tagen abgepielt haben, hat der Magistrat in wiederholten Sitzungen und in eingehender Aussprache Stellung genommen. Er betrachtet es als seine unter Aufsicht aller Kräfte zu stehende Aufgabe, an der Aufrechterhaltung der Ordnung, an der Sicherung der Lebensmittelversorgung und an der Durchführung der Maßnahmen, die für den Fall der Demobilisierung vorgeesehen waren und sich in Vorbereitung befinden weiterzuarbeiten.

Als Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats erschienen Sonnabend vormittag beim Oberbürgermeister Krümmers Stadtrat Weiss und Stadtverordneter Hoffmann, um ihm die gewünschten Vorschläge darzulegen. Der Oberbürgermeister teilte das Ergebnis der Deliberation sofort dem versammelten Magistrat mit, es besteht im wesentlichen in folgendem:

1. Städtische Maßnahmen einschneidender Art werden mit der Vertretung des Arbeiter- und Soldatenrats vorberaten, und zwar insbesondere unter Mitwirkung des Stadtrats Weiss.
2. An den Sitzungen und Beratungen des Magistrats nimmt der Stadtverordnete Hoffmann teil.
3. Letzterer gilt insbesondere als Beirat der wie bisher durch die Stadträte Paul und Landsberg zu bewirkenden Lebensmittelversorgung.
4. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wird eine aus 300 bis 400 Personen bestehende Bürgerwehr errichtet, deren Bildung der Arbeiter- und Soldatenrat in die Hand nimmt. Die entstehenden Kosten trägt die Stadt.

Der Magistrat erteilte diese Wünsche als berechtigt an und kümmerte ihnen zu.

**Achtung, Holzarbeiter!** Durch Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats ist die achtstündige Arbeitszeit hier eingeführt. Der Arbeitgeberverband hat sich mit uns darüber verständigt und wird also in der Holzindustrie ab Montag täglich 8 Stunden gearbeitet. Lohnausgleich muß gezahlt werden.

Die Sozialverwaltung.

**Jugendhaus Freiheit.** Heute Montag findet ein Festabend statt am Dienstag Probe- und Handarbeitsabend. Am Mittwoch wird ebenfalls das Jugendheim eröffnet sein. Es findet ein Betriebsabend statt. Am Donnerstag sind Bezirksversammlungen für die alte Republik im Jugendheim. Neue Republik im Weissen Hirschen, Budan in der „Ehalla“. Für Altpfad ist die Veranstaltung am Freitag im Jugendheim.

**Ausstrände Kranke.** In der Woche vom 3. bis 9. November wurden in Magdeburg amtlich gemeldet 18 Erkrankungen und 2 Todesfälle an Diphtherie, 15 Todesfälle an Lungentuberkulose, 3 Erkrankungen an Scharlach, 5 Erkrankungen und 1 Todesfall an Malariafieber.

**X Bericht über Epidemien.** Geschloffen wurden in der Nacht zum 8. d. M. aus einem verschlossenen Stall einer Gartenpavillone an der Wollenbütler Straße sieben Hühner, sechs Katzen und zwei Kanarienvögel; aus einem verschlossenen Stall im Behringergarten vier hunde Hühner und vier Kanarienvögel; aus einem verschlossenen Manjandenzimmer in der Kronprinzenstraße eine goldene Halskette, eine silberne Damenuhr, eine silberne und eine Goldkette, eine silberne Brosche, zwei Armbänder — ein silbernes und ein Goldes —, eine Bekleidungs- 6 Paar Damenwäsche und 200 Mark bares Geld; nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr an der Stralauerstraße eine silberne Kette, ein silbernes Armband, ein silbernes und ein Goldes —, eine Bekleidungs- 6 Paar Damenwäsche und 200 Mark bares Geld; nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr an der Stralauerstraße eine silberne Kette, ein silbernes Armband, ein silbernes und ein Goldes —, eine Bekleidungs- 6 Paar Damenwäsche und 200 Mark bares Geld; nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr an der Stralauerstraße eine silberne Kette, ein silbernes Armband, ein silbernes und ein Goldes —, eine Bekleidungs- 6 Paar Damenwäsche und 200 Mark bares Geld.

mit leuchtendem Zifferblatt, mehrere große Brocken, Verlenkbletten silbernes Kollier, Wäschestücke u. s. m.; aus einem verschlossenen Schuppen am Handelsplatz zwölf Kisten mit Zigaretten und Zigaretten; aus einer verschlossenen Wabenkammer in der Wabenstraße eine größere Anzahl Wäschestücke und Strümpfe; von einem verschlossenen Trockenboden im Langen Weg Wäschestücke; aus einem verschlossenen Lager in der Stephansbrücke drei Kübel Butter; aus einem Keller eines Fleischer in der Turmschangenstraße etwa 90 Pfund Rind- und Hammelfleisch; aus verschlossenen Ställen im Githaring in der verlängerten Hoheger, Garbortzer, Bolke- und Leipziger Straße zusammen sechs Gänse, eine Ziege, 20 Fühner, 25 Kanarienvögel sowie eine Kiepe und eine Kiste; in der Nacht zum 10. aus einem verschlossenen Keller in der Ackerstraße etwa 50 Gläser mit Fleisch und Gemüsekonserven sowie eine Anzahl Eier; aus einem verschlossenen Keller in der Schönebecker Straße ein Topf mit Eiern; aus dem Logierzimmer eines Hotels ein gelbes Feldmehrinstrument „Theodolith“; aus einem verschlossenen Fabrikraum in der Umfassungstraße ein großes Teil Zucker und Mus; aus verschlossenen Ställen in der Lüneburger, Raben-, Friedhof- und Bergstraße zusammen zwölf Kanarienvögel und drei Hühner; in der Nacht zum 11. aus einem Schaufenster im Breiten Weg mehrere Herren-Anzüge. — Diese lange Liste der Epidemienfolge erspricht der Verwilderung der Nachkriegszeit die Spitzbübereien sind keine funktionslose Erscheinung der Revolutionszeit, wie ein christlicher Bürgermann sagte, sie sind die natürliche Folge des Krampfes der Welt, der allgemeiner Krampf. Vor der Revolution wurde auch schon gestohlen, und zwar nicht zu knapp. —

## Theater, Konzerte etc.

### Vorforderungen.

**Stadttheater.** „Glaube und Heimat“ von Karl Schönherr fand am Sonnabend eine frische und gute Aufführung nach längerer Zwischenzeit. Die Familie des Rothbauers, die plötzlich aus ihrem Frieden gerissen wird, fand im Mittelpunkt des Interesses. Albert Friedrich und Ida Blauk aber das Ehepaar Roth, wobei die letzte echte mütterliche Liebe fand. Kennen wir noch M. Schulte als wilden Reiter, Cha-lott Berger als frischen „Epog“, Walter Liebfie, Fritz Schmitt, Michael Bichon, Albert Gros und Paul Frig sowie Viki Meißner. Es wurde manche Träne vergossen und lebhaft wenn auch ohne Begeisterung applaudiert. Die Sorge hatte auch im Zuschauerraum ihren Einsatz gehalten, man sah in der Pause Männer, die Bittungen lafen, was sonst stillschweigend als verpönt galt. Der Krieg ist jetzt im Lande. —

### Mitteilungen der Direktionen.

**Stadttheater.** Heute Dienstag „Tiefland“. Donnerstag: „Tannhäuser“. Freitag: „Gallipoli“. Samstag: „Die Fledermaus“. Sonnabend: „Wenn der junge Wein blüht“. Sonntag: „Agiololetti“. — **Stadt-Orchester.** Mittwoch, 13. Nov., abends 8 1/2 Uhr, II. Konz. A. im Stadttheater. Leitung: Kapellm. Dr. Klaf. Solistin: Kammerfräulein Maria Zwoggen aus München. Dessert. Hauptprobe 11 Uhr vorm. 2938 **Deutscher Musikbund, Ortsgruppe Magdeburg.** Dienstag, 13. November, Vortrag Dr. Kramer (Düsseldorf). Siehe Inserat. 8008

## Provinz und Umgegend.

### Wahlkreis Wanzleben.

**Groß-Otterleben, 11. November.** (Wichtige Zusammenkunft.) Die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder von Groß-Otterleben, Bennedebund und Klein-Otterleben, die am Dienstag nicht arbeiten oder Nachtschicht arbeiten, werden ersucht, sich am Dienstag, mittags 2 Uhr, bei der Witwe Strumpf einzufinden. Es ist eine wichtige Angelegenheit zu erledigen. —

### Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

**Neuhaldensleben, 11. November.** (Masseversammlung.) (Lungen) fanden am Sonntag in Alt- und Neuhaldensleben statt, die beide überfüllt waren. Sie galten in erster Linie der allgemeinen Aufklärung über die neue Lage und der Stärkung der politischen Organisation. Beides dürfte im vollsten Maße gelungen sein. Hauptredner waren in beiden, auch von Bürgerlichen stark besetzten Versammlungen, Reichstagsabgeordneter Peus (Dessau) und Stadtverordneter Ritsch (Magdeburg). —

### Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

**Burg, 11. November.** (Der Ausschuss) zur Übergangswirtschaft zum Frieden, der auf Vorschlag unsrer Vertreter im Stadtparlament eingeleitet wurde, tagte am Donnerstag unter dem Vorsitz des ersten Bürgermeisters auf dem Rathaus. Nach eingehender Besprechung wurden die Richtlinien festgelegt und die Unterausschüsse für die Nahrungsversorgung, Schaffung von Wohnungen und Wirtschaftsgesellschaften sowie Arbeitslosigkeit und Arbeiterfürsorge beziehungsweise Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsnachweis gewählt. Die Verhandlungen waren vom Ernste der Zeit getragen und man kam den Ansichten und Forderungen unsrer Vertreter entgegen, deren Einzelheiten die Unterausschüsse sofort weiter beraten werden. Den breiten Raum nahm die Ernährungsfrage in Anspruch. Es wurde dabei das Verhalten eines Teiles der Landwirte berichtigt, der die Kartoffeln zurückhält, so daß die Bevölkerung wohl Bezugsquelle, aber keine Kartoffeln erhalten konnte, oder sich zur Zahlung höherer Preise verstehen mußte. Es wurde gewünscht, daß die strengsten Maßnahmen seitens der Behörden gegen diese Wucherer angewendet werden. Denn in dieser Zurückhaltung so notwendiger Lebensmittel liegt die größte Gefahr für die Arbeitsfähigkeit unsrer Bevölkerung. Auch wurde für unbedingt nötig gehalten, daß Soldaten zur Einbringung der noch in der Erde befindlichen Kartoffeln in der Umgegend zur Verfügung gestellt werden, damit diese durch plötzlich eintretenden Frost nicht für die menschliche Nahrung verlorengehen. Dabei soll das Gut Pflanzpfl in Betracht kommen. —

### Wahlkreis Halle-Müchtersleben.

**Staßfurt, 11. November.** (Städtischer Wohnungsausschuß.) Dieser längst versprochene Nachweis ist nun in Leben getreten. Er wird ausgeübt vom städtischen Wohnungsausschuß im Zimmer 12 des Rathauses. Die Wohnungsbewerber, sind verpflichtet, alle Wohnungen, die infolge Kündigung oder auf andere Weise vermiethbar geworden sind und wieder vermietet werden sollen, sowie Wohnungen in Neubauten innerhalb acht Tagen nach eingetretener Vermietbarkeit dem Wohnungsausschuß mittels des besonderen Bordrucks anzumelden. Ebenso haben sie die erfolgte Vermietung binnen drei Tagen mittels des Bordrucks B anzugeben. Wird die Wohnung innerhalb der ersten acht Tage nicht bereits wieder vermietet, so sind die beiden Bordrucks A und B ausgefüllt einzureichen. Mit der Anmeldung einer frei werdenden Wohnung hat der Vermieter zugleich einen Grundriß der Wohnung abzugeben, aus dem ein etwaiger Mieter ersehen kann, ob die Wohnung überhaupt für ihn in Frage kommt. Die Tätigkeit des Wohnungsausschuß ist kostenlos, auch die Bordrucks Listen nichts. — Zur Weihnachtsbekleidung armer Kinder wollen die Mütter oder Pfleger ihre Wünsche betreffs der Geschenke bis zum Dienstag bei dem Vorsteher ihres Armenbezirks anbringen. —

## Vereins-Kalender.

**Freie Volkshilfe.** Dienstag den 12. November, abends 8 Uhr. Vortrag des Herrn Dr. Köhler im „Apollo-Saal“. 8069

## Wettervorhersage.

Dienstag den 12. November: Meist trübe, mild, Neigung zu leichten Regenschauern. —

Zwischen hatte sich eine große Volksmenge vor dem Reichstag angeammelt, an die Ebert und Scheidemann Ansprachen richteten. Scheidemann sagte von einem Balkon des Reichstags aus:

Arbeiter und Soldaten! Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. (Hochrufe.) Das Alte, Morsche ist gestürzt. Der Militarismus ist zusammengebrochen. Die Hohenzollern haben abgedankt. Es lebe die deutsche Republik! (Hochrufe.) Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen. Genosse Ebert ist damit beauftragt, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialdemokratischen Richtungen angehören. (Zubeinander Beifall.)

Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmugen zu lassen. Deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintritt. Wir müssen stolz sein können für alle Zukunft auf diesen Tag. Nichts darf geschehen, was man uns später würde vorwerfen können. Ruhe, Ordnung und Sicherheit, das ist das, was wir jetzt brauchen.

Der Oberbefehlshaber in den Marken und der Kriegsmilitärminister werden je einen Weingeordneten bekommen. Der Weingeordnete Göhre wird neben Scheidemann alle Kundmachungen des Kriegsmilitärministers zeichnen. Es gilt also von jetzt an die Bekanntmachungen zu respektieren, die unterzeichnet sind von Ebert, Schölich und Göhre.

Sorgen Sie dafür, daß die neue deutsche Republik, die wir errichten werden, durch nichts zerstört werden kann. Es lebe die deutsche Republik! (Stürmischer Beifall und Hochrufe.)

### Schießerei.

Sonnabend abend fanden am Markt und bei der Universität Schießereien statt, die durch Offiziere und Jugendwehler, die sich in diesen Gebäuden verborgen gehalten hatten, provoziert wurden. Es setzte ein lebhaftes Schießfeuer ein, auch Maschinengewehre und kleine Geschütze sollen beteiligt gewesen sein. Es gab auf Seiten der Angreifer Tote und Verwundete. Den Weingeordneten ist es gelungen, durch einen geheimen Ausgang zu entkommen.

Sonntag früh fand eine Schießerei an der Weidenhammer Brücke statt, bei der es einen Toten gegeben haben soll.

### Wilhelm geflohen.

Die sozialdemokratische Regierung Deutschlands meldet, daß der deutsche Exkaiser mit Frau und Sohn nach Holland geflohen ist.

Er ist in Autos mit einigen Begleitern zuerst in Maastricht und danach in Arnheim eingetroffen. Er hofft, dort Wohnung nehmen zu können.

Die holländische Regierung wird natürlich erst darüber Bescheid wissen, ob sie den ungeliebten Gast auf ihrem Gebiet dulden will.

Was über die Flucht zu sagen ist, gibt der heutige Leitartikel.

### Republik Sachsen.

Dem „Vorwärts“ wird aus Dresden gemeldet: Der sächsische König ist abgelehnt. — Der revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Dresden erläßt einen Aufruf an das Volk, in dem gesagt ist: „Der König ist keines Thrones wert.“ Die Dynastie Weimar hat aufgehört zu existieren. Die erste Kammer ist aufgelöst, auch die zweite besteht nicht mehr. Die Staatsminister, die im Einverständnis mit dem revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat die Geschäfte provisorisch weiterführen, haben sofortige Neuwahlen auf der Grundlage des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen angesetzt. „In den Weimern geht das älteste regierende Fürstengeschlecht in Deutschland in den unfreiwilligen Ruhestand. Auch der Großherzog von Weimar wurde abgelehnt.“

### Württemberg Volksrepublik.

Sonnabend abend hat sich im Stuttgarter Landtagsgebäude eine neue provisorische Regierung gebildet. Sie hat die Republik erklärt. Die Vertretung bildet der aus den freien Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Partei, der unabhängigen Arbeiterschaft, dem Arbeiter- und Soldatenrat berufene Arbeitsausschuß, dem sich General von Ebbinghaus mit seinem Offizierskorps zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt hat. Die provisorische Regierung setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitz: Abgeordneter Blos und Redakteur Crispian. Auswärtiges: Blos. Inneres: Crispian. Arbeitsministerium: Abgeordneter Dr. Lindenmann. Finanzen: Hahlheimer. Justiz: Abgeordneter Schumann. Justiz: Justizsekretär Mattatal. Krieg: Schreiner.

### Neuordnung in Baden.

Eine neue Regierung ist unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Geiß gebildet worden. An ihr sind die beiden sozialdemokratischen Parteien sowie National, Liberal, Fortschrittler und Zentrum beteiligt. Das Amt des Auswärtigen wird in die Hände eines Nationalliberalen gelegt. Die unabhängigen bezeugen die Weimern des Krieges und der sozialen Angelegenheiten, die Sozialdemokraten die der Justiz, des Verkehrs und des Unterrichts; das Zentrum die der Finanzen und der Ernährung. Minister des Innern ist der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Haas.

Auf Wunsch der Unabhängigen wurde dieses Ministerium vom Großherzog nicht ernannt. Dieser erklärte, daß die neue Regierung zwar nicht auf dem verfassungsmäßigen Wege zustande gekommen sei, daß er aber unter den gegebenen Umständen keine Einwendung erhebe.

### Wels Kommandant von Berlin.

Kriegsminister Schölich und Unterstaatssekretär Göhre erlassen folgenden Befehl: Zum ersten Kommandanten von Berlin wird der sozialdemokratische Abgeordnete Wels ernannt, Oberst Schölich bleibt zweiter Kommandant. Das Mitglied des Soldatenrats Dr. Bresin wird der Kommandantur, der Abgeordnete Schöpplin dem Oberkommando in den Marken zugeteilt.

### Soldatenrat an der Front.

W. S. B. Hamburg, 11. November. Das Große Hauptquartier teilt dem Soldatenrat folgendes mit: „An der Front ist ebenfalls ein Soldatenrat gebildet worden. Die Bildung ist ruhig verlaufen. Der Soldatenrat wird morgen mit Hindenburg in Verbindung treten und diesem seine Forderungen vorlegen.“

### Reichskanzler Ebert ans Volk.

Der neue Reichskanzler Ebert hat unter dem 9. November folgende Kundgebung an die deutsche Bevölkerung erlassen:

Mitbürger! Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Deffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte euch alle um eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die uns harret. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben: die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr an die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub, mit Elend für alle. Die Arbeiter würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte euch alle dringend, verlaßt die Straße! Sorgt für Ruhe und Ordnung!

### Die zweite Proklamation.

Unter demselben Datum des 9. November erläßt Reichskanzler Ebert einen zweiten Aufruf, der sich insonderheit an die Behörden und Beamten des alten Staates wendet:

„Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen an Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden, die Beamten in Stadt und Land, ihr hilfreiche Hand leisten.“

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserm Volke. Ein Versagen der Organisation in diesen schweren Stunden würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern.

Helft also mit mir dem Vaterland durch furchtlose und unerbitterte Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen sein wird.“

### Prinz Heinrich auf der Flucht.

Der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ geht folgende Meldung zu:

Prinz Heinrich ist Dienstag in einem Auto mit roter Flagge entflohen. Er trug eine rote Binde am Arm. Auf dem Wege nach Gettorf traf er ein Auto mit Matrosen, die eine Panne hatten. Er hat mit den Leuten gesprochen und ihnen erklärt, was in den letzten 48 Stunden passiert sei würde ihnen teuer zu stehen kommen. Daraufhin haben ihn zwei Matrosen gebeten, auf den Trittbrettern seines Autos mitfahren zu dürfen. Der Prinz hat das gestattet. Nachdem das Auto in Bewegung war, wurde auf einen Matrosen aus dem Auto heraus geschossen. Er wurde ins Herz getroffen und fiel rücklings vom Auto. Daraufhin haben die drei andern zurückgelassenen Matrosen zehn Gewehrkalven nachgeschickt. Ob jemand getroffen ist, ist nicht bekannt.

### Oesterreichs Anschluß an Deutschland.

Der Wiener Staatsrat hat Sonnabend abend einstimmig den Anschluß Oesterreichs an Deutschland beschlossen. Der Beschluß wurde unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse in Berlin gefaßt. Maßgebend dafür war auch der Umstand, daß die Kronländer, wie Tirol und Salzburg, sich bereits für den Anschluß an Deutschland ausgesprochen haben, und daß diese Tendenz in allen deutschen Gebieten Oesterreichs, insbesondere in Deutschböhmen, zahlreiche Anhänger besitzt.

Die Nationalversammlung, die am Dienstag zusammentritt, wird sich voraussichtlich mit der gleichzeitigen Zustimmung dem Beschluß des Staatsrats anschließen. Niemand zweifelt daran, daß die Nationalversammlung sich für die Republik erklären wird.

Der Staatsrat beschloß am Sonntag nachmittags einstimmig und unter lebhaftem Beifall der Mitglieder folgendes Telegramm an den Reichskanzler Ebert in Berlin abzusenden:

In dem Augenblick der großen geschichtlichen Wendung sendet der Oesterreichische Staatsrat dem deutschen Volke seinen herzlichsten Gruß und die heißesten Wünsche für seine Zukunft. Der Oesterreichische Staatsrat spricht die Hoffnung aus, daß an der Wahl der verfassunggebenden Nationalversammlung, die die künftige staatliche Ordnung des deutschen Volkes bestimmen soll, auch das deutsche Volk in Oesterreich teilnehmen wird.

Für den Oesterreichischen Staatsrat Die Präsidenten: Dinghofer, Pawler, Seig.

Diese Wünsche werden dem deutschen Volke durchaus erwidert werden.

### Alarmnachrichten.

In der „Magdeburgischen Zeitung“ vom Montag früh finden wir folgende Alarmdepeschen aus Berlin:

Der deutsche Gesandte im Haag und Brüssel berichtet, daß nach ganz zuverlässigen Nachrichten aus Ententequellen die Entente mit einem bolschewistischen Deutschland keinen Frieden schließen würde, weil sie in einem solchen Staat keine Regierungsgewalt finden würde, deren Autorität und Dauer genügend verbürgt sein würde. Die Entente würde sich berufen fühlen, in diesem Falle in Deutschland einzumarschieren und in Deutschland Ordnung zu schaffen.

Dieser Bericht des deutschen Gesandten im Haag — wieviel er auch nach Brüssel kommt, bleibt unerfindlich — läuft auf eine ganz plumpe Stimmungsmache hinaus, die dem Einfältigsten auffallen sollte.

Mit solchen Mitteln kann man in dieser Zeit nicht mehr arbeiten, nachdem sie in den langen Kriegsjahren so furchtbar abgewirkt haben. Nachdem die neue Regierung die Waffenstillstandsbedingungen angenommen hat, wird hoffentlich auch der Friede nicht lange auf sich warten lassen. Die Bedingungen dieses Friedens allerdings fallen nicht auf uns, sondern auf diejenigen Schichten, die bisher die Politik im Stile solcher Alarmnachrichten betrieben haben.

### Rosa Luxemburg in Freiheit.

Nach einem Privattelegramm des „Vorwärts“ aus Breslau befindet sich Rosa Luxemburg seit Sonnabend früh 9 Uhr in Freiheit.

### Unter falschem Verdacht.

In Nr. 264 der „Volksstimme“ wurde unter der Überschrift „Das erste Opfer“ über eine blutige Tat berichtet, die am Donnerstag nachmittags auf dem Bahnhof begangen wurde. Der Bahnhofskommandant schloß einem Bediensteten der Marine in den Kopf. Erhöht in unterm Bericht mitgeteilt wurde, daß der Bahnhofskommandant, ein Oberleutnant, seines Dienstes enthoben und in Untersuchung genommen wurde, scheinen doch noch Leute der Meinung zu sein, der jetzige Bahnhofskommandant habe die blutige Tat begangen. Das ist ein falscher Verdacht, der jetzige Bahnhofskommandant hat mit dem Vorfall gar nichts zu tun, der schuldige Offizier ist, wie berichtet, sofort von seinem Posten entfernt worden.

### Revolution und Bürgertum.

In einer von der Fortschrittlichen Volkspartei im „Fürstenthor“ zu heute vormittags einberufenen Versammlung die sehr gut besucht war, nahm das linksliberale Bürgertum seine Stellung zu den neuen Ereignissen. Angenommen wurde folgende Entschlieung:

Die von der Fortschrittlichen Volkspartei einberufene Versammlung des freiheitlichen Bürgertums stellt sich auf der Boden der gegebenen Tatsachen und ist bereit, an der sich anbahnenden Umgestaltung und Neuordnung der Verhältnisse in gesetzmäßige Bahnen aufbauend mitzuarbeiten und geeignete Kräfte dazu zur Verfügung zu stellen.

Der Leiter des städtischen Nachrichtenamts, Herr Boer, hielt aus dem Stegreif eine Ansprache, in der er betonte, daß man sich den Tatsachen nicht entgegenstellen könne, das Bürgertum müsse mitarbeiten, damit im neuen Deutschland Recht, Gerechtigkeit und Freiheit herrsche. In denselben Bahnen bewegten sich die Ausführungen der Herren Stadtverordneten Pöppel, Siebau, Oberredakteur Georg Wilhelm und des Stadtverordneten Büggemann. Die Entschlieung fand einstimmige Annahme.

### Aufruf.

Bürger, Arbeiter und Soldaten von Magdeburg! Es erfüllt uns mit besonderem Stolz, daß die Revolution in Magdeburg bis jetzt

#### ohne blutige Opfer

durchgeführt worden ist. Daß wir dieses erreichen konnten verdanken wir der zielbewußten Führung der Bewegung und besonders der musterhaften Haltung der Einwohner-schaft sowie der Soldaten. Die Führer waren von Anfang an bemüht und sind es entschlossen, auch weiterhin

#### ohne jeden Gewaltakt ohne Waffen und Blut

die große Bewegung weiter zu führen.

Gewaltige Aufgaben sind noch zu lösen, angehende Demamisse zu überwinden; heißt durch

#### weiteres ruhiges Verhalten

die noch bevorstehende schwere Arbeit zu erleichtern. Es hat sich nicht verhindern lassen, daß in den ersten Stunden der Revolution Waffensammlungen erbrochen und geplündert wurden und daß in vielen Fällen auch von Zivilpersonen Waffen und Munition genommen worden sind.

#### Wir brauchen keine Waffen.

Wir haben gezeigt, daß wir ohne diese Hilfsmittel zum Ziel gelangen können.

Um jedes Mißgeil zu verhüten, richtet der Herr Kommandeur im Verein mit dem Arbeiter- und Soldatenrat an alle Bürger, Arbeiter und Soldaten die Aufforderung, sämtliche sich zu Unrecht angetragene

#### Waffen sofort wieder zurückzugeben.

Wir erwarten bestimmt, daß jeder Mann, der sich im Besitz von Waffen und Munition befindet, dieser Aufforderung nachkommt.

In den Wachtstuben aller Kasernen werden die Waffen angenommen, ohne daß den Ausrückenden Unannehmlichkeiten bereitet werden.

Also noch einmal:

#### Legt die Waffen nieder!

### Bekanntmachung.

Es ist angeordnet, daß der Sicherheitsdienst der Polizei heute in beschränktem Maße wieder aufgenommen wird. Die Organe der Polizei werden mit entsprechenden Legitimationen versehen werden.

#### Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Witmasch, Brandes, Brüggling.

